

Stadtverordnetenbüro
Auskunft erteilt: Frau Allamode
Südanlage 5, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1032
Telefax: 0641 306-2033
E-Mail: stadtverordnetenbuero@giessen.de

Datum: 26.10.2007

N i e d e r s c h r i f t

der 12. Sitzung des Ausschusses für Planen, Bauen, Umwelt und Verkehr
am Dienstag, dem 23.10.2007,
Kerkrade-Zimmer, Kongresshalle, Berliner Platz 2, 35390 Gießen.
Sitzungsdauer: 19:00 - 20:45 Uhr

Anwesend:

Stadtverordnete der CDU-Fraktion:

Frau Dorothe Küster **Ausschussvorsitzende**
Frau Karen-Heide Bernard
Herr Dr. Johannes Dittrich
Herr Michael Oswald
Frau Ute Wernert-Jahn

Stadtverordnete der SPD-Fraktion:

Herr Wolfgang Bellof
Frau Eva Janzen
Frau Renate Schlotmann
Herr Andreas Walldorf (ab 19:03 Uhr)

Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Herr Dr. Wolfgang Deetjen (ab 19:20 Uhr)
Frau Dr. Bettina Speiser (ab 19:05 Uhr)

Stadtverordnete der FDP-Fraktion:

Frau Annette Greilich (in Vertretung für Stv. Scherer)

Stadtverordnete der Die Linke.Fraktion:

Herr Michael Janitzki (in Vertretung für Stv. Beltz)

Außerdem:

Herr Klaus Peter Möller	CDU-Fraktion	(ab 20:20 Uhr)
Frau Astrid Eibelshäuser	SPD-Fraktion	(ab 19:24 Uhr)
Herr Peter Sommer	SPD-Fraktion	
Herr Heiner Geißler	FW-Fraktion	

Vom Magistrat:

Frau Gerda Weigel-Greilich	Bürgermeisterin	
Herr Thomas Rausch	Stadtrat	
Herr Dr. Volker Kölb	Stadtrat	(ab 20:20 Uhr)

Von der Verwaltung:

Herr Hans Dettling	Leiter Stadtplanungsamt	(bis 19:34 Uhr)
--------------------	-------------------------	-----------------

Vom Ausländerbeirat

Herr Ismet Lozic		(ab 19:12 Uhr)
------------------	--	----------------

Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Herr Dieter Knoth	Büroleiter
Frau Andrea Allamode	Schriefführerin

Entschuldigt:

Herr Michael Beltz	Die Linke.Fraktion
Herr Harald Scherer	FDP-Fraktion

Die **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Sie stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist. Gegen die Form und die Frist der Einladung werden keine Einwände erhoben.

Vorsitzende weist darauf hin, dass die unter TOP 2 aufgeführte Magistratsvorlage - *Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. KL 09/05 "Waldweide", STV/1137/2007* - in der letzten Sitzungsrunde nur zum Teil behandelt worden sei. Die damals dem Stadtverordnetenbüro übermittelte Druckvorlage sei nicht vollständig gewesen; Ziffer 3. und 4. des Beschlusstextes fehlten. Der versehentlich nicht beschlossene Teil werde nun analog einem zurückgestellten Antrag behandelt. Also sei der Vorgang noch im Geschäftsgang, ohne dass es einer erneuten Vorlage bedürfe.

Stv. Geißler, FW-Fraktion, beantragt, dass sich der Ausschuss mit TOP 11 - *Möglichkeit der Errichtung einer Photovoltaikanlage auf dem Flachdach des Rathauses, Antrag der SPD-Fraktion vom 16.10.2007, STV/1271/2007* - nicht befassen solle. Der Antrag sei unnötig, da die Stadtverordnetenversammlung bereits beschlossen habe, dass der Magistrat bei zukünftigen Bauprojekten immer prüfen solle, ob die Errichtung von Photovoltaikanlagen möglich sei.

Stv. Schlotmann, SPD-Fraktion, spricht gegen den Antrag.

Vorsitzende lässt über den Antrag auf Nichtbefassung abstimmen: Der Antrag wird einstimmig abgelehnt (Nein: 3 CDU/SPD/FDP/LINKE; StE: 2 CDU).

Nachdem keine weiteren Änderungswünsche zur Tagesordnung vorgetragen werden, stellt Vorsitzende fest, dass die Tagesordnung in der vorliegenden Form beschlossen ist.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde
2. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. KL 09/05 "Waldweide"; STV/1137/2007
hier: - Entscheidung über die vorgebrachten Anregungen
- Satzungsbeschluss
- Antrag des Magistrats vom 06.08.2007 -
3. Aufstellung des Bebauungsplans Nr. GI 05/06 "In der Kropbach"; STV/1139/2007
hier: - 2. Entwurfsbeschluss
- Durchführung der 2. Offenlegung
- Antrag des Magistrats vom 06.08.2007 -
4. Bebauungsplan GI 01/24 "Braugasse"; STV/1235/2007
hier: Einleitungsbeschluss, Offenlegung, Bekanntmachung
- Antrag des Magistrats vom 18.09.2007 -
5. Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. SCH 08/01 "Erweiterung Bieber"; STV/1236/2007
hier: Einleitungsbeschluss zum Bebauungsplanverfahren auf der Grundlage des Antrages der Firma BIEBER + MARBURG GMBH & CO KG mit Vorhaben und Erschließungsplan
- Antrag des Magistrats vom 18.09.2007 -
6. Bebauungsplan GI 04/24 "Veterinärklinik"; STV/1246/2007
hier: Einleitungsbeschluss, Bekanntmachung
- Antrag des Magistrats vom 25.09.2007 -

- | | | |
|-----|--|---------------|
| 7. | Einladungswettbewerb zur Neugestaltung der Fußgängerzone im Umgriff des Kreuzplatzes;
hier: 1. Ergebnis des Wettbewerbsverfahrens
2. Weitere Beauftragung des ersten Preisträgers
3. Vorgehen bezüglich Kugelbrunnen
- Antrag des Magistrats vom 25.09.2007 - | STV/1243/2007 |
| 8. | Bauantrag Goethestraße
- Antrag der SPD-Fraktion vom 20.09.2007 - | STV/1240/2007 |
| 9. | Gespräche/Vereinbarungen mit der Interessengemeinschaft Bahnhofstraße
- Antrag der SPD-Fraktion vom 15.10.2007 | STV/1267/2007 |
| 10. | Bericht über bereits fertig gestellte straßenbeitragspflichtige Baumaßnahmen
- Antrag der SPD-Fraktion vom 16.10.2007 - | STV/1269/2007 |
| 11. | Möglichkeit der Errichtung einer Photovoltaikanlage auf dem Flachdach des Rathauses
- Antrag der SPD-Fraktion vom 16.10.2007 - | STV/1271/2007 |
| 12. | Entwicklung des Gewerbegebiets "Pfaffenpfad"
- Antrag der SPD-Fraktion vom 16.10.2007 - | STV/1272/2007 |
| 13. | Optimierung des Sekundärbrennstoffheizwerks Am Atzelbusch
- Antrag der SPD-Fraktion vom 15.10.2007 - | STV/1273/2007 |
| 14. | Technologie- und Gewerbepark Leihgesterner Weg
- Antrag der SPD-Fraktion vom 15.10.2007 - | STV/1274/2007 |
| 15. | Verkehrsversuch in Wieseck
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 14.10.2007 - | STV/1276/2007 |
| 16. | Verschiedenes | |

Bauordnung) der textlichen Festsetzungen beschlossen.

3. Die Offenlegung nach § 3 (2) und die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nach § 4 (2) des Baugesetzbuches ist durchzuführen.

Beratungsergebnis: Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt.

4. Bebauungsplan GI 01/24 "Braugasse"; STV/1235/2007
hier: Einleitungsbeschluss, Offenlegung, Bekanntmachung
- Antrag des Magistrats vom 18.09.2007 -

Antrag:

1. Für das in der Anlage 1 gekennzeichnete Gebiet wird gemäß § 2 Abs. 1 i. V. m. § 13a Baugesetzbuch (BauGB 2004) die Aufstellung eines Bebauungsplanes im beschleunigten Verfahren mit der Bezeichnung GI 01/24 „Braugasse“ beschlossen. Folgende Flurstücke in der Gemarkung Gießen liegen im Geltungsbereich dieses Bebauungsplanverfahrens: Flur 1 Nrn. 356/10, 356/12-14, 356/16, 357/2, 360/5, 360/6 und 361/2.
2. Als wesentliche, vorläufige Ziele des Planverfahrens werden beschlossen:
 - Umnutzung des Altbaus des ehemaligen Universitätsgebäudes Braugasse 7 und Ergänzung durch Neubebauung für vorrangig Wohnzwecke bei teilweiser Erhaltung des Baumbestandes,
 - Ausweisung eines allgemeinen Wohngebietes im gesamten Plangeltungsbereich
 - Einrichtung einer öffentlich nutzbaren Fußwegeverbindung zwischen Ostanlage und Braugasse über das Areal Braugasse 7,
 - Erhaltung und planungsrechtliche Absicherung der im Plangeltungsbereich vorhandenen übrigen Nutzungen bei gleichzeitiger Eröffnung langfristiger Entwicklungspotenziale zur verträglichen Nachverdichtung.
3. Auf der Grundlage der unter Punkt 2 genannten Ziele und der in Anlage 2 dargestellten Bebauungskonzeption ist ein Bebauungsplan-Entwurf auszuarbeiten und gemäß § 3 und 4 i. V. m. § 13a BauGB ohne vorher gehenden Beschluss offenzulegen sowie in die Behördenbeteiligung zu geben.
4. Der Aufstellungsbeschluss und die Entwurfs-Offenlegung sind gemäß § 2 Abs. 1 bzw. § Abs. 2 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Beratungsergebnis:

Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/SPD/GR/FDP; StE: LINKE).

5. **Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. STV/1236/2007**
SCH 08/01 "Erweiterung Bieber";
hier: Einleitungsbeschluss zum Bebauungsplanverfahren
auf der Grundlage des Antrages der Firma BIEBER +
MARBURG GMBH & CO KG mit Vorhaben und
Erschließungsplan
- Antrag des Magistrats vom 18.09.2007 -
-

Antrag:

1. Der von der Firma Bieber + Marburg GmbH & Co. KG mit Schreiben vom 31. 08. u. 13. 09. 2007 beantragten Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes (Anlage 1) zur Erweiterung des Betriebsgeländes wird gemäß § 12 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) zugestimmt.
2. Für das in der Anlage 2 gekennzeichnete Gebiet in der Gemarkung Schiffenberg Flur 7, Flurstücke Nr. 1/4, 2/6 teilweise, 18/1 und 18/2 wird gemäß § 2 Abs. 1 i.V.m. § 12 BauGB die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes mit der Bezeichnung Nr. SCH 08/01 „Erweiterung Bieber“ beschlossen. Die Einleitung ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB öffentlich bekannt zu machen.
3. Dem vom Antragsteller vorgelegten Entwurf des Vorhaben- und Erschließungsplanes (Anlage 3) wird zugestimmt.
4. Entsprechend dem geplanten Vorhaben stellt die Stadt Gießen den Antrag auf Abweichung vom Regionalplan 2001.

Stv. Dr. Speiser, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, merkt an, dass es zwar äußert bedenklich sei, dass ein eben nicht kleines Waldstück wegfallen werde, aber da es um die Schaffung von 60 Arbeitsplätzen gehe und ein Ausgleich durch eine entsprechende Ersatzaufforstung geschaffen werde, werde die Koalition zustimmen.

Beratungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/SPD/GR/FDP; StE: LINKE).

6. **Bebauungsplan GI 04/24 "Veterinärklinik"; STV/1246/2007**
hier: Einleitungsbeschluss, Bekanntmachung
- Antrag des Magistrats vom 25.09.2007 -
-

Antrag:

1. Für das in der Anlage 1 gekennzeichnete Gebiet wird gemäß § 2 Abs. 1 i.V.m. § 13a Baugesetzbuch (BauGB, i. d. F. vom 23.09.2004/ BGBl. I S. 2414) die Aufstellung eines Bebauungsplanes im beschleunigten Verfahren mit der Bezeichnung GI 04/24 „Veterinärklinik“ beschlossen. Folgende Flurstücke in der Gemarkung Gießen liegen im Geltungsbereich dieses Bebauungsplanverfahrens:

Flur 7 Nrn. 20/1, 22/1, 33/4 teilweise (tlw.), 243/27 tlw. sowie Flur 8 Nrn. 3/1, 5, 7, 8, 9, 10/2, 58/4, 60/2, 60/3, 66/1, 67/5, 237/5 und 240/2.

2. Als wesentliche, vorläufige Ziele des Planverfahrens werden beschlossen:
 - Um- und Ausbau des Veterinärklinikums in zwei Bauabschnitten zur Etablierung, Konzentration und Erweiterung der verschiedenen klinischen Nutzungen ,
 - Attraktivierung des gesamten Campus durch Einrichtung von Grün- und Aufenthaltsflächen, Neuordnung und Reduzierung der ebenerdigen Stellplätze (durch Stellplatzerrichtung in Tiefgaragen),
 - Klärung einer Bebauungsperspektive für den Kliniks-Parkplatz Ecke Am Steg/Glaubrechtsstraße zur Arrondierung des angrenzenden Wohngebietes,
 - Planungsrechtliche Sicherung der vorhandenen Bebauung und Nutzung auf den Privatgrundstücken im Plangeltungsbereich,
 - Nachweis der immissionsschutzrechtlichen Verträglichkeit des Klinikausbaus gegenüber den umliegenden Wohnnutzungen.
3. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

7. Einladungswettbewerb zur Neugestaltung der Fußgängerzone im Umgriff des Kreuzplatzes; STV/1243/2007
hier: 1. Ergebnis des Wettbewerbsverfahrens
2. Weitere Beauftragung des ersten Preisträgers
3. Vorgehen bezüglich Kugelbrunnen
- Antrag des Magistrats vom 25.09.2007 -

Antrag:

1. Der Empfehlung des Preisgerichts wird gefolgt und die mit dem ersten Preis ausgezeichnete Arbeit der Biebertaler Planungsgruppe wird Grundlage der weiteren Ausarbeitung eines Entwurfs zur Straßen- und Platzraumneugestaltung im Umgriff des Kreuzplatzes.
2. Die Biebertaler Planungsgruppe wird zur vertiefenden Bearbeitung mit den Leistungsphasen 2 - 5 gemäß §15 HOAI beauftragt. Die Planung ist mit dem beauftragten Ingenieurbüro zur Kanalplanung in enger Abstimmung (AG) zu erarbeiten.
3. Der Kugelbrunnen wird so behutsam und zerstörungsfrei wie möglich demontiert. Über ein Kunstobjektersatz oder eine Reinstallierung des Kugelbrunnens wird eine eigenständige Entscheidung getroffen.

Sowohl **Stv. Schlotmann**, SPD-Fraktion, als auch **Stv. Janitzki**, Die Linke.Fraktion, fühlen sich nicht ausreichend über die drei anderen Entwürfe informiert. Außerdem, so **Stv. Janitzki**, sei der umstrittene Liebigbrunnen ein wesentliches Gestaltungselement des ersten Preisträgers gewesen, falle jetzt aber nach

Protesten aus der Bürgerschaft weg. Daher stelle sich für ihn die Frage, was jetzt noch für diesen Entwurf spreche.

Bürgermeisterin Weigel-Greilich verweist unter anderem auf die Grünflächenplanung. Die Entscheidung der Jury sei nachvollziehbar, außerdem sei das Für und Wider der vier preisgekrönten Entwürfe bei einer Bürgerinformationsveranstaltung in der Aula der Friedrich-Feld und Max-Weber Schule ausführlich erläutert worden.

Stv. Wernert-Jahn, CDU-Fraktion, wundert sich über die Oppositionskritik. Es habe genügend Möglichkeiten gegeben, sich über alle Vorschläge zu informieren.

Stv. Bellof, SPD-Fraktion, bittet um getrennte Abstimmung der einzelnen Ziffern.

Beratungsergebnis:

- Ziffer 1. wird mehrheitlich zugestimmt (Ja: CDU/GR/FDP; Nein: LINKE; StE: SPD).
- Ziffer 2. wird mehrheitlich zugestimmt (Ja: CDU/GR/FDP; Nein: LINKE; StE: SPD).
- Ziffer 3. wird einstimmig zugestimmt.

**8. Bauantrag Goethestraße
- Antrag der SPD-Fraktion vom 20.09.2007 -**

STV/1240/2007

Antrag:

Der Magistrat wird beauftragt, Planungen vorzulegen, die Goethestraße vom Seltersweg in Richtung Johanneskirche zur Fußgängerzone hin auszubauen.

Stv. Janzen ändert für die antragstellende Fraktion die Vorlage wie folgt:

„Der Magistrat wird beauftragt, Planungen vorzulegen, den Bereich der Goethestraße, von der Südanlage bis zum Seltersweg zu einem attraktiven Entree zur Innenstadt umzugestalten. Hierbei sollte eine Absprache mit dem BID Seltersweg und Johannesgemeinde erfolgen.“

Stv. Bernard, CDU-Fraktion, erklärt, der geänderte Antrag werde ebenfalls keine Zustimmung finden. Sie sieht darin den Versuch, den ursprünglichen Antrag irgendwie retten zu wollen.

Diese Auffassung teilen auch die **Stv. Greilich**, FDP-Fraktion, und **Geißler**, FW-Fraktion.

Beratungsergebnis:

Geändert mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD; StE: LINKE).

**9. Gespräche/Vereinbarungen mit der Interessengemeinschaft Bahnhofstraße
- Antrag der SPD-Fraktion vom 15.10.2007**

STV/1267/2007

Antrag:

Der Magistrat wird aufgefordert zu berichten,

- a) welche Vereinbarungen es mit der „Interessengemeinschaft Bahnhofstraße“ für die Bauphase des „Liebig- Centers“ gegeben hat.
- b) ob es Erörterungen mit der Interessengemeinschaft dahingehend gegeben hat, wie die weitere Entwicklung und Revitalisierung der oberen Bahnhofstraße gestaltet werden könnte.
- c) ob in den Gesprächen erörtert wurde, den Eigentümer der Liegenschaft der „Alten Post“ zu bewegen, diese einer Nutzung zuzuführen.
- d) ob in das Gespräch auch die zeitliche Perspektive der „Gestaltung Bahnhofsvorplatz“ eine Rolle gespielt hat.

Stv. Bellof, SPD-Fraktion, bittet, die Ausführungen von Stadtrat Rausch wörtlich zu Protokoll zu nehmen.

Stadtrat Rausch:

„Ich will insoweit Folgendes berichten: Eine Interessengemeinschaft Bahnhofstraße, wie aus der Presseveröffentlichung ersichtlich, hat mit dem Magistrat bisher nicht gesprochen. Ein Gespräch des Magistrates mit einzelnen Geschäftsleuten, die ihre Geschäfte im Bereich Westanlage bis zum Flutgraben haben, damals gab es diese Interessengemeinschaft noch nicht, die die ganze Bahnhofstraße umfasst, hat es gegeben. Es hat dort keine komplizierten Vereinbarungen irgendwelcher Art gegeben sondern der Magistrat, in meiner Person, hat sich darum bemüht, die Straßenverkehrsführung, die durch die Sperrung notwendig ist, zu erläutern. Die Möglichkeiten aufzuzeigen, wie die Anlieferer und Sonstiges in der Bahnhofstraße während der Bauphase, die bis zum Ende des Jahres in etwa abgeschlossen sein soll, abgewickelt werden können. Das war ein Großteil dessen, was in einem ersten Gespräch erörtert wurde. Es hat da keine Vereinbarungen gegeben, sondern wir haben insbesondere mit den Stadtwerken, die Verursacher dieser Baustelle sind, Erläuterungen gegeben, wie lange wird das Wasser abgestellt, trifft es meinen Friseurladen, mein Café oder ähnliches. Diese Dinge wurden aufgeklärt. Und das war der eine Part und der zweite Part war das Angebot der Stadt, wie diese Kaufleute, Geschäftsinhaber darauf hinweisen können, dass sie trotz der Baustelle ihre Läden noch geöffnet halten und wie sie vielleicht mit einem Banner oder ähnlichem auf sich aufmerksam machen können. Dies war alles, was zu Punkt a) auszuführen ist. Es gibt also keine schriftlichen Vereinbarungen oder ähnliches, sondern es wurden vor Ort Gespräche geführt an zwei Terminen, und damit waren zunächst diese

Geschäftsleute in dem gesperrten Teil der Bahnhofstraße zufrieden.

Zu dem Punkt b) kann ich nur sagen: Nein, zu Punkt c) auch: Nein und hinsichtlich Punkt d) ebenfalls: Nein. Damit ist der Bericht des Magistrats gegeben.“

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE).

10. Bericht über bereits fertig gestellte straßenbeitragspflichtige Baumaßnahmen - Antrag der SPD-Fraktion vom 16.10.2007 - **STV/1269/2007**

Antrag:

Mit öffentlicher Bekanntmachung wurde von der Stadt Gießen mitgeteilt, dass einige straßenbeitragspflichtige Baumaßnahmen fertig gestellt worden sind. Hierzu möge der Magistrat berichten:

- Wann die Maßnahmen abgeschlossen wurden?
- Wann und in welcher Form die Anwohner über die Gestaltung und die Kosten laut § 2 der Straßenbeitragsatzung vorab informiert wurden?
- Welche Kosten etwa auf die Anwohner zukommen (von-bis und Durchschnittskosten)?

Stv. Bellof begründet kurz für die antragstellende Fraktion den Antrag.

Stv. Dr. Dittrich, CDU-Fraktion, merkt an, dass sich die Koalition bei der Abstimmung der Stimme enthalten werde. Datenschutzrechtliche Gründe könnten ggf. gegen eine Beschlussfassung des Antrages sprechen. Dies solle bis zur Stadtverordnetensitzung geklärt werden.

Beratungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt (Ja: SPD/LINKE; StE: CDU/GR/FDP).

11. Möglichkeit der Errichtung einer Photovoltaikanlage auf dem Flachdach des Rathauses - Antrag der SPD-Fraktion vom 16.10.2007 - **STV/1271/2007**

Antrag:

Der Magistrat der Stadt Gießen prüft im Rahmen der Gebäudeplanung die Möglichkeit der Errichtung einer Photovoltaikanlage auf dem Flachdach des Rathauses mit extensiver Begrünung.

Stv. Schlotmann, SPD-Fraktion, begründet kurz den Antrag.

Stv. Geißler, FW-Fraktion, hält an seinen zu Beginn der Sitzung geäußerten Bedenken fest und lehnt den Antrag ab.

Die **nachfolgenden Ausführungen von Stadtrat Rausch** werden auf Bitte des Stv. Bellof, SPD-Fraktion, **wörtlich zu Protokoll genommen**:

„Die Prüfung hat ergeben, dass eine solche Anlage errichtet werden kann, die ganze Anlage besteht aus ca. 60 Modulen mit einer Leistung von 12 kWp (Kilowattpeak), die in Wannen aufgeständert liegen werden. Es ist jetzt so, dass wir die Traglast geprüft haben, das Ganze passt auf die Betondecke die vorgegeben ist und das, was derzeit noch an Prüfnotwendigkeit vorhanden ist, liegt bei der Stadt so, dass wir die ganzen Anschlusstechniken die gebraucht werden, Wechselrichter, Kabeldurchführungen und einen Anschluss an eine Blitzschutzanlage, prüfen und kostenmäßig erfassen müssen. Dann kann das Ganze auch entsprechend umgesetzt werden.“

Beratungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt (Ja: SPD/LINKE; StE: CDU/GR/FDP).

**12. Entwicklung des Gewerbegebiets "Pfaffenpfad"
- Antrag der SPD-Fraktion vom 16.10.2007 -**

STV/1272/2007

Antrag:

Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird aufgefordert, unverzüglich zu folgenden Fragen zu berichten:

1. Wann haben in der Angelegenheit Gewerbegebiet Pfaffenpfad Gespräche unter Beteiligung von Mitgliedern des Magistrats und/oder Mitarbeitern der Verwaltung stattgefunden?
2. Wer hat in diesen Gesprächen die Stadt Gießen vertreten, wer waren die jeweiligen Gesprächspartner?
3. Mit welcher Legitimation wurden vor dem Hintergrund des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 5. Juli 2007 am Rande der diesjährigen ExpoReal-Messe in München seitens des Oberbürgermeisters Vereinbarungen mit dem Regierungspräsidenten und den Bürgermeistern von Fernwald, Hüttenberg, Langgöns, Linden und Pohlheim getroffen?
4. Was genau ist der Inhalt der in München getroffenen Vereinbarungen?
 - a) Welche Flächen mit welcher Lage und welcher Größe sind insgesamt Gegenstand der Vereinbarungen?
 - b) Welche Flächen sollen als gemeinsame „interkommunale Gewerbefläche“ entwickelt werden?
 - c) Was genau ist unter dem Begriff der Entwicklung als „interkommunale Gewerbefläche“ zu verstehen und wie wird die Stadt Gießen an dieser Fläche, an den Kosten, den zu erwartenden Erträgen und an den rechtlichen und

tatsächlichen Entscheidungen über die Ausgestaltung und Verwertung dieser Fläche beteiligt sein?

- d) Sind das Gewerbegebiet „Rechtenbacher Hohl“ und die Großgewerbefläche Lützellinden Gegenstand der Vereinbarungen zur „interkommunalen Gewerbeflächenentwicklung“?
5. Ist der Magistrat der Auffassung, dass die erzielte Vereinbarung mit dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 5. Juli 2007 in Einklang zu bringen ist?
6. Welche Beschlüsse des Magistrats, der Stadtverordnetenversammlung und der Regionalversammlung sind ggf. erforderlich, um die Vereinbarung tatsächlich und rechtlich einwandfrei umzusetzen?
7. Bis wann könnten solche Beschlüsse vorbereitet und gefasst und die zu entwickelnde „interkommunale Gewerbefläche“ tatsächlich bebaubar sein.

Stadtrat Rausch beantwortet die im SPD-Antrag aufgeführten Fragen wie folgt:

„Zu 1.:“

Bereits am 24. August 2007 hat ein Gespräch zwischen Stadtrat Thomas Rausch und den Bürgermeistern Dr. Lenz, Klose, Dr. Schmidt, Röhrig, Frau Späth vom Planungsbüro Fischer sowie einem Mitarbeiter des Stadtplanungsamtes stattgefunden. Am 4. September 2007 fand dann ein Gespräch zwischen Herrn Regierungspräsidenten Schmied und Herrn Stadtrat Rausch statt. Am 4. Oktober 2007 haben Oberbürgermeister Heinz-Peter Haumann und Stadtrat Rausch auf Einladung des Regierungspräsidenten an der Stadt-Umland-Konferenz, die sich mit dem Thema „Gewerbegebiet Pfaffenpfad“ beschäftigte, teilgenommen. Am 11. Oktober 2007 hat ein weiteres Gespräch mit dem Regierungspräsidenten Wilfried Schmied und Stadtrat Thomas Rausch sowie Oberbürgermeister Heinz-Peter Haumann in o. g. Angelegenheit stattgefunden. Am Rande der ExpoReal hat Regierungspräsident Schmied in seiner Funktion als Vorsitzender des Vereins Mitte Hessen e. V. mit Oberbürgermeister Haumann und den Vertretern der Gemeinden und Städte von Linden, Pohlheim, Fernwald sowie Hüttenberg gesprochen.

Zu 2.:

Am 24. August 2007 und 04. September 2007 wurde die Stadt durch Stadtrat Rausch vertreten. Am 04. Oktober nahmen neben dem Regierungspräsidenten Schmied von Seiten des Magistrats Oberbürgermeister Heinz-Peter Haumann und Stadtrat Thomas Rausch teil. Weitere Gesprächsteilnehmer waren Bürgermeister Dr. Ulrich Lenz, Linden, Bürgermeister Karl-Heinz Schäfer, Pohlheim, Bürgermeister Matthias Klose, Fernwald, Stadtrat Beck, Wetzlar, und ein Vertreter der Gemeinde Hüttenberg. Bei dem Gespräch am Rande der ExpoReal nahmen Regierungspräsident Wilfried Schmied, Oberbürgermeister Heinz-Peter Haumann, Bürgermeister Dr. Ulrich Lenz, Linden, Bürgermeister Karl-Heinz Schäfer, Pohlheim, Bürgermeister Matthias Klose, Fernwald, Bürgermeister Horst Röhrig, Langgöns und Bürgermeister Dr. Manfred Schmidt, Hüttenberg, teil.

Zu 3.:

Das Gespräch fand am Rande der ExpoReal statt. Vereinbarungen wurden nicht getroffen. Es wurde lediglich vereinbart, dass das Thema im Anschluss an die ExpoReal

in den einzelnen Kommunen weiter besprochen werden soll.

Zu 4.: *Es gibt keine Vereinbarung.*

Zu 4. a):

Es gibt keine Vereinbarung. Gesprochen wurde über die Reduzierung von 80 ha Gewerbegebiet „Pfaffenpfad Linden“ auf ca. 40 ha interkommunale Gewerbefläche. Am 11. Oktober 2007 wurde der direkte Anschluss an das Gewerbegebiet „Rechtenbacher Hohl“ festgelegt.

Zu 4. b): *Siehe oben.*

Zu 4. c):

Der Begriff „interkommunale Gewerbefläche“ bezeichnet die Zusammenarbeit mehrerer Kommunen bei der Planung, Realisierung und Vermarktung von Gewerbegebieten. Wie genau die Stadt Gießen und die übrigen Gemeinden/Städte sich an der angedachten Gewerbefläche „Pfaffenpfad“ beteiligen werden befindet sich noch im Diskussionsprozess.

Zu 4. d):

Wie schon erwähnt gibt es keine Vereinbarung. Angedacht ist die interkommunale Lösung ausschließlich für das Gewerbegebiet „Pfaffenpfad“ unter Klärung der Mitwirkungsbereitschaft bei der Großgewerbefläche.

Zu 5.:

Es ist keine Vereinbarung getroffen worden, ich verweise hier auf die Beantwortung der Frage 3 und 4.

Zu 6.:

Zunächst muss es überhaupt eine Vereinbarung geben, eine solche liegt derzeit nicht vor. Weitergehende Fragen können daher zur Zeit nicht beantwortet werden.

Zu 7.:

Sobald die politische Diskussion und die notwendigen Fachgespräche abgeschlossen sind, können die weiteren erforderlichen Beschlüsse in den jeweiligen Gremien herbeigeführt werden.“

Stv. Dr. Deetjen stellt für die Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP folgenden Initiativantrag:

Der Magistrat wird gebeten, auf der Grundlage folgender Rahmenbedingungen zu prüfen, inwieweit die Entwicklung, Erschließung und Vermarktung eines Gewerbegebietes „Pfaffenpfad“ auf Lindener Fläche in einer interkommunalen Zusammenarbeit erfolgen kann:

- 1. Das Gewerbegebiet „Pfaffenpfad“ muss direkt an das Gießener Gebiet „Rechtenbacher Hohl“ anschließen.*

2. Die interkommunale Erschließung des Gebietes Pfaffenpfad muss umweltverträglich möglich sein. Dies gilt auch für die verkehrliche Erschließung.
3. Über den Abschluss eines interkommunalen Vertrages muss gesichert werden, dass auf dieser Fläche nur Gewerbe und kein Einzelhandel, Großhandel- oder sonstige SO-Nutzung stattfinden darf.
4. In der zeitlichen Abfolge hat zunächst die weitere Entwicklung des Gebietes „Rechtenbacher Hohl“ Priorität.
5. Die für das Gewerbegebiet „Pfaffenpfad“ ggf. neu auszuweisenden 40 ha müssen in vollem Umfang durch entsprechende Verzichtse der Umlandkommunen und der Stadt Gießen auf bereits ausgewiesene Gewerbeflächen kompensiert werden, sodass es in der Summe nicht zu einer Ausweitung des Gewerbeflächenangebotes in den Umlandgemeinden und der Stadt Gießen kommt.
6. Das Gewerbegebiet „Pfaffenpfad“ wird durch eine neu zu gründende Gesellschaft entwickelt, erschlossen und vermarktet, an der die Stadt Gießen eine Mehrheitsbeteiligung von 51% erhält. Die Vermarktung schließt auch die Verteilung des Gewerbesteueraufkommens ein.
7. Die Gesamtkonzeption muss mit dem Refina-Projekt rückgekoppelt werden.
8. Es wird erwartet, dass sich die Umlandgemeinden auch beim gemeinsamen Wohnflächenmanagement zur Reduzierung des Flächenverbrauchs im Rahmen des Refina-Projektes beteiligen.

Des Weiteren kritisiert **Stv. Dr. Deetjen**, der SPD-Antrag sei nichts anderes als eine „Vergangenheitsbewältigung“ und ein Versuch, Personen vorzuführen.

Stv. Eibelshäuser weist diese Behauptung zurück. Wenn der hauptamtliche Magistrat in der Angelegenheit „Pfaffenpfad“ Erklärungen „mit einer Halbwertzeit von einem Tag“ abgebe, sei es völlig normal, dass Parlamentarier dann mehr erfahren möchten.

Nach einer Sitzungsunterbrechung (20:05 Uhr bis 20:15 Uhr) schlägt **Stv. Bellof**, SPD-Fraktion, vor, den Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP nicht als Initiativantrag, sondern als **Ergänzungsantrag** zur Vorlage STV/1272/2007 zur Abstimmung zu stellen. Der Antragsteller stimmt diesem Vorschlag zu.

Stv. Geißler, FW-Fraktion, meint, dass die Ausweisung neuer Gewerbeflächen mit dem damit verbundenen Flächenverbrauch eher ein Witz sei, „stehen doch in zwei oder drei Jahren über 100 Hektar des ehemaligen US-Depots für diese Zwecke zur Verfügung“.

An der Diskussion beteiligen sich die Stv. Dr. Deetjen, Eibelshäuser, Bellof, Geißler, Janitzki, Stadtrat Rausch und Bürgermeisterin Weigel-Greilich.

Beratungsergebnis:

- Dem Ergänzungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP wird einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/GR/FDP; StE: SPD/LINKE).
- Der Vorlage STV/1272/2007 wird einstimmig zugestimmt (Ja: SPD/LINKE; StE: CDU/GR/FDP).

13. Optimierung des Sekundärbrennstoffheizwerks Am Atzelbusch **STV/1273/2007**
- Antrag der SPD-Fraktion vom 15.10.2007 -

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat, sich bei den Stadtwerken Gießen dafür einzusetzen, dass die in den Beratungen der letzten Wochen zugesagten Maßnahmen zur Optimierung des Sekundärbrennstoff-Heizwerks „Am Atzelbusch“ (insbesondere im Hinblick auf die erweiterte Rauchgasreinigung und die Kesseloptimierung zur NO_x-Reduzierung) in einem Ergänzungsantrag zu dem bisher dem Regierungspräsidium vorgelegten Antrag gemäß BImSchVO zusammengefasst und damit Gegenstand des Genehmigungsverfahrens werden.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

14. Technologie- und Gewerbepark Leihgesterner Weg **STV/1274/2007**
- Antrag der SPD-Fraktion vom 15.10.2007 -

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat der Universitätsstadt Gießen auf, den Entwurf für den Bebauungsplan GI 04/21 „Technologie- und Gewerbepark Leihgesterner Weg“ mit höchster Priorität zu erarbeiten und unverzüglich dem Parlament vorzulegen.

Gleichzeitig wird der Magistrat aufgefordert, ein Entwicklungskonzept für den „Technologie- und Gewerbepark Leihgesterner Weg“ zu erarbeiten und dem Parlament vorzustellen, das Aussagen zum Profil des Parks und zur Vermarktung der Gewerbeflächen enthält.

Stv. Eibelshäuser, SPD-Fraktion, begründet den Antrag.

Stadtrat Rausch entgegnet, der Bebauungsplan befinde sich in der Aufstellung und Vorbereitung. Er gehe davon aus, dass er in der Dezembersitzung der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung vorgelegt werden könne.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

15. **Verkehrsversuch in Wieseck** STV/1276/2007
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und
FDP vom 14.10.2007 -

Antrag:

Der Magistrat wird beauftragt, durch eine Verkehrszählung vor und während des Verkehrsversuchs Martha-Mendel-Weg festzustellen, in welchem Umfang sich die verkehrliche Belastung für die Anwohner vorrangig der Straßen Steinerne Brücke und Kirchstraße durch eine dauerhafte Sperrung der Brücke am Martha-Mendel-Weg erhöhen wird.

Stv. Bellof, SPD-Fraktion, schlägt vor, den Antrag wie folgt zu ändern:

Der Magistrat wird beauftragt, durch eine Verkehrszählung vor und während des Verkehrsversuchs Martha-Mendel-Weg festzustellen, in welchem Umfang sich die verkehrliche Belastung für die Anwohner vorrangig der Straßen Steinerne Brücke, Kirchstraße *und In den Erlen* durch eine - **Streichung des Wortes: dauerhafte** - Sperrung der Brücke am Martha-Mendel-Weg erhöhen wird.

Die antragstellenden Fraktionen übernehmen die vorgeschlagenen Änderungen.

Beratungsergebnis: Geändert einstimmig zugestimmt.

16. **Verschiedenes**

- **Vorsitzende** teilt mit, dass die nächste Bauausschusssitzung am Dienstag, **27.11.2007, 19:00 Uhr**, stattfindet.
- Weiter merkt sie an, dass einen Tag später in der Sozialausschusssitzung am 28.11.2007 unter TOP 1 das Projekt „Nordstadt“ vorgestellt werde. Hierzu werden die Mitglieder des Bauausschusses eine Einladung erhalten; sie bittet um Teilnahme.

- **Bolzplatz an der Friedrich-Feld-Schule**

Auf Antrag der SPD-Fraktion werden die nachfolgenden Ausführungen von **Bürgermeisterin Weigel-Greilich** wörtlich zu Protokoll genommen:

„Und zwar geht es um den Berichtsantrag der SPD-Fraktion zum Bolzplatz an der Friedrich-Feld-Schule, STV/1270/2007. Der ist im Schulausschuss gestellt worden, gehört eigentlich jetzt in den Bauausschuss. Deswegen will ich kurz zum Zwischenstand berichten: Es sind schon Planungen angedacht für diesen Bereich, und es sind auch Mittel in den Haushalt eingestellt in Höhe von 170.000,- €. Sie brauchen also nur dem Haushalt zuzustimmen und dann wird da was gemacht.“

- **Stv. Dr. Speiser**, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, merkt an, dass man sich vor einiger Zeit darauf verständigt habe, dass zu jedem Antrag zumindest eine kurze Begründung aufgeführt werde. Ihr sei aufgefallen, dass für diese Sitzung bei den meisten Anträgen unter Begründung zu lesen war: Erfolgt mündlich. Sie bittet, zukünftig wenigstens zwei, drei Sätze zu schreiben.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt die Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

DIE VORSITZENDE:

(gez.) K ü s t e r

DIE SCHRIFTFÜHRERIN:

(gez.) A l l a m o d e